

Keine Vertreibung des Alternativen Wohnprojekts „Wagenplatz Kanal“

Seit 26 Jahren besteht das Wohn- und Kulturprojekt „Queer Wagenplatz Kanal e.V.“ das sich für ein gemeinsames, gleichberechtigtes und soziales Miteinander, unabhängig von Geschlecht, Sexualität, Herkunft und Zugehörigkeit einsetzt.

2010 wurde das Projekt im Zuge der Mediaspreebebauung von der Michaelkirchstraße an die Kieffholzstraße 74 verlegt und bekam dort einen Mietvertrag.

In dem nun angebotenen Folgevertrag fügte die Berliner Immobilienmanagement GmbH eine Klausel hinzu, welche den Aufenthalt von Geflüchten ohne Aufenthaltsstatus unter Androhung der fristlosen Kündigung untersagt.

Das ist angesichts der Tatsache, dass der Senat andernorts, z.um Beispiel vor dem LaGeSo, geflüchtete Menschen ihrem Schicksal über- und in die Obdachlosigkeit entlässt ausgesprochen zynisch und zudem nicht üblich. Stellen Sie sich nur vor, ihnen würde der Mietvertrag gekündigt, weil Sie mit einem Geflüchteten ohne Aufenthaltsstatus in ihrer Küche einen Kaffee getrunken haben.

Niemand kann verlangen, dass die Bewohner_innen des „Queer Wagenplatz Kanal e.V.“ beispielsweise Passkontrollen durchführen.

Im Gegenteil, der Senat sollte doch froh sein, wenn es Projekte gibt, die selbst-organisiert und aus Eigeninitiative Menschen integrieren statt sie wie in den vielen Lagern, die er allorts errichtet, zu kasernieren, isolieren und aus der Gemeinschaft auszuschließen.

Die Bewohner_innen des „Queer Wagenplatz Kanal e.V.“ haben sich geweigert diesen Vertrag mit dieser Klausel zu unterschreiben!

Nun sollen dort in der Kieffholzstraße 74 sogenannte MUFs, eine Umschreibung für Massenunterkünfte für Geflüchtete, entstehen.

Das Gelände wurde aus einer Liste von diversen alternativen Grundstücken im Landesbesitz (wie zum Beispiel in der Hermannstraße) ausgesucht. Aber es ist das einzige, das derzeit bewohnt ist! Die Vermutung liegt deshalb nahe, dass hier wiederum die „Flüchtlingskrise“ dazu benutzt werden soll, ungeliebte Projekte zu vertreiben und auf dem Umweg über den Rücken geflüchteter Menschen die Interessen des Senats durchgesetzt werden sollen.

„Wagenplatz Kanal e.V.“ ist ein queerer Space mit mehrheitlich Geflüchteten, Migrant_innen, Schwarzen, Roma und Menschen of Colour.

DIE LINKE.

Bezirksverband Neukölln
Wipperstraße 6, 12055 Berlin

www.die-linke-neukoelln.de

V.i.S.d.P.: Moritz Wittler, 12055 Berlin

Keine Vertreibung des Alternativen Wohnprojekts „Wagenplatz Kanal“

Seit 26 Jahren besteht das Wohn- und Kulturprojekt „Queer Wagenplatz Kanal e.V.“ das sich für ein gemeinsames, gleichberechtigtes und soziales Miteinander, unabhängig von Geschlecht, Sexualität, Herkunft und Zugehörigkeit einsetzt.

2010 wurde das Projekt im Zuge der Mediaspreebebauung von der Michaelkirchstraße an die Kieffholzstraße 74 verlegt und bekam dort einen Mietvertrag.

In dem nun angebotenen Folgevertrag fügte die Berliner Immobilienmanagement GmbH eine Klausel hinzu, welche den Aufenthalt von Geflüchten ohne Aufenthaltsstatus unter Androhung der fristlosen Kündigung untersagt.

Das ist angesichts der Tatsache, dass der Senat andernorts, z.um Beispiel vor dem LaGeSo, geflüchtete Menschen ihrem Schicksal über- und in die Obdachlosigkeit entlässt ausgesprochen zynisch und zudem nicht üblich. Stellen Sie sich nur vor, ihnen würde der Mietvertrag gekündigt, weil Sie mit einem Geflüchteten ohne Aufenthaltsstatus in ihrer Küche einen Kaffee getrunken haben.

Niemand kann verlangen, dass die Bewohner_innen des „Queer Wagenplatz Kanal e.V.“ beispielsweise Passkontrollen durchführen.

Im Gegenteil, der Senat sollte doch froh sein, wenn es Projekte gibt, die selbst-organisiert und aus Eigeninitiative Menschen integrieren statt sie wie in den vielen Lagern, die er allorts errichtet, zu kasernieren, isolieren und aus der Gemeinschaft auszuschließen.

Die Bewohner_innen des „Queer Wagenplatz Kanal e.V.“ haben sich geweigert diesen Vertrag mit dieser Klausel zu unterschreiben!

Nun sollen dort in der Kieffholzstraße 74 sogenannte MUFs, eine Umschreibung für Massenunterkünfte für Geflüchtete, entstehen.

Das Gelände wurde aus einer Liste von diversen alternativen Grundstücken im Landesbesitz (wie zum Beispiel in der Hermannstraße) ausgesucht. Aber es ist das einzige, das derzeit bewohnt ist! Die Vermutung liegt deshalb nahe, dass hier wiederum die „Flüchtlingskrise“ dazu benutzt werden soll, ungeliebte Projekte zu vertreiben und auf dem Umweg über den Rücken geflüchteter Menschen die Interessen des Senats durchgesetzt werden sollen.

„Wagenplatz Kanal e.V.“ ist ein queerer Space mit mehrheitlich Geflüchteten, Migrant_innen, Schwarzen, Roma und Menschen of Colour.

DIE LINKE.

Bezirksverband Neukölln
Wipperstraße 6, 12055 Berlin

www.die-linke-neukoelln.de

V.i.S.d.P.: Moritz Wittler, 12055 Berlin